

Martin Dolezal (München)/Marc Helbling (Zürich/Swen Hutter (München)

Zwischen Gipfelkreuz und Halbmond.

Die Auseinandersetzung um den Islam in Österreich und der Schweiz, 1998–2007

Die wachsende Präsenz muslimischer MigrantInnen und ihre religiös-kulturellen Forderungen an den Staat führen in vielen europäischen Ländern zu neuen Konflikten. Der vorliegende Artikel untersucht die bislang wenig beachteten Fälle Österreich und Schweiz und konzentriert sich auf den Einfluss unterschiedlicher Partizipationsmodelle und Regulationen des Verhältnisses von Kirche (bzw. Islam) und Staat. Die auf Basis einer kernsatzbasierten Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung gewonnenen Daten zeigen, dass der Islam später als in vergleichbaren Ländern Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen geworden ist und rechtspopulistische Parteien dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Unterschiede in der Struktur dieser Auseinandersetzungen lassen sich auf Kontextfaktoren zurückführen: Die staatliche Anerkennung des Islam und die damit verbundenen themenspezifischen Opportunitätsstrukturen führen in Österreich zu einer stärkeren Beteiligung muslimischer AkteurInnen und einer eher von pragmatischen Begründungen geprägten Debatte. Das bürgerschaftliche Partizipationsmodell führt in der Schweiz zu einer geringeren Bedeutung von staatszentrierten, institutionalisierten Aktionsrepertoires und Kontextereignissen sowie von parteipolitischen VertreterInnen.

Keywords: Österreich, Schweiz, Islam, Rechtspopulismus, Opportunitätsstrukturen, Framing, Inhaltsanalyse
Austria, Switzerland, Islam, right-wing populism, opportunity structures, framing, content analysis

1. Einleitung

Die wachsende Sichtbarkeit des Islam als Ergebnis starker Zuwanderung macht den Umgang mit MuslimInnen in vielen europäischen Ländern zu einem neuen Thema der politischen Auseinandersetzung. Auf lokaler Ebene löst vor allem der Bau von Moscheen zahlreiche Konflikte aus; darüber hinaus stehen Forderungen muslimischer RepräsentantInnen nach religiös-kultureller Differenz vielfach in einem Spannungsverhältnis mit westlichen bzw. universalistischen Prinzipien, wie der Gleichberechtigung der Geschlechter oder dem Säkularismus. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 wird diese zum Teil heftig geführte Debatte von vielen AkteurInnen zusätzlich mit einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit verknüpft. Der vorliegende Beitrag untersucht die von politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen geführte Auseinandersetzung um den Islam und fragt dabei nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Debatte in Österreich und der Schweiz im Zeitraum von 1998 bis 2007.

Im Fokus politikwissenschaftlicher Analysen über den Islam als neues Thema politischer Konflikte standen bislang klassische Einwanderungsländer und frühere Kolonialmächte wie

Frankreich, die Niederlande oder Großbritannien sowie aufgrund der generellen Bedeutung des Landes auch Deutschland (Cesari/McLoughlin 2005; Cesari 2005; Fetzer/Soper 2005; Wohlrab-Sahr/Tezcan 2007). Im Gegensatz dazu wurden Österreich und die Schweiz in der Literatur nur wenig berücksichtigt. In beiden Ländern traten die hier untersuchten Konflikte erst relativ spät auf, in den vergangenen Jahren entzündeten sie sich aber vor allem am Bau von Gebetshäusern. Die in der Schweiz im Mai 2007 lancierte Volksinitiative für ein Verbot von Minaretten und entsprechende Gesetzesinitiativen in den österreichischen Bundesländern Kärnten und Vorarlberg erlangten zuletzt viel Publizität.

Doch nicht nur die fehlende Berücksichtigung in vergleichenden Studien und die Aktualität des Themas sind Gründe für eine Untersuchung der beiden in vielerlei Hinsicht sehr ähnlichen Konsensdemokratien (vgl. Lijphart 1999). Auch aus theoretischer Perspektive bestehen dafür wichtige Argumente, da sich die „Alpenrepubliken“ in zwei für diese Auseinandersetzung zentralen Bereichen unterscheiden: Erstens stellt sich aus Sicht der Partizipationsforschung die Frage, welche Auswirkungen die Unterschiede zwischen einem parteienstaatlichen (Österreich) und einem bürgerschaftlichen Modell (Schweiz) im Sinne von allgemeinen Opportunitätsstrukturen auf die Debatte über den Islam haben. Zweitens untersuchen wir, welche Folgen das unterschiedliche Verhältnis von Kirche (bzw. Islam) und Staat, d.h. die weitreichende Integration des Islam in Österreich im Gegensatz zur fehlenden Anerkennung in der Schweiz, für die Auseinandersetzung hat (vgl. Fetzer/Soper 2005). Der Einfluss dieser themenspezifischen Opportunitätsstrukturen (Koopmans/Statham 1999a) kann besonders gut analysiert werden, da die beiden Länder in Bezug auf das StaatsbürgerInnenchaftsmodell, die zweite große Determinante für die Politik gegenüber religiös-ethnischen Minderheiten (vgl. Favell 1998), keine Unterschiede aufweisen.

In der empirischen Analyse stellt sich zunächst die Frage nach dem zeitlichen Verlauf der Debatte, in der von vielen BeobachterInnen die Ereignisse von 2001 als kritischer Einschnitt empfunden werden. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen jedoch der Charakter der die Auseinandersetzung tragenden AkteurInnen sowie ihr Aktionsrepertoire, ihre thematischen Positionen und die dabei verwendeten Begründungen (*Frames*). Die für die Untersuchung genutzten Daten basieren auf einer relationalen, kernsatzbasierten quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung in Qualitätszeitungen.

Abschnitt 2 wirft zunächst einen Blick auf die Diskussion über den Islam in Europa, ehe systematisch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Kontextfaktoren dieser Debatte in Österreich und der Schweiz herausgearbeitet werden, auf deren Basis wir vier Hypothesen formulieren. Anschließend werden die methodischen Grundlagen der Untersuchung erläutert (Abschnitt 3) und die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse präsentiert (Abschnitt 4).

2. Islam und MuslimInnen als neues Thema der politischen Auseinandersetzung

2.1 Eine europäische Debatte

Infolge der starken Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern ist der Islam zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine immer bedeutender werdende Religion in Europa (Chervel/Seeliger 2007; Hunter 2002). Je nach Schätzung und Definition leben hier zwischen zehn (Fetzer/Soper 2005) und 15 Millionen (Modood 2003) MuslimInnen; in den meisten EU-Ländern liegt ihr Bevölkerungsanteil zwischen drei und fünf Prozent. Die wachsende Präsenz führt zu neuen

Konflikten: Standen im Zuge der Gastarbeiterprogramme eher soziale, zum Teil auch politische Forderungen von MigrantInnen im Vordergrund, formulieren MuslimInnen als Konsequenz ihrer dauerhaften Niederlassung nun verstärkt religiös-kulturelle Ansprüche (Fetzer/Soper 2005, 3). Europäische Gesellschaften werden daher zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie mit religiösen Regeln und Bräuchen, die westlichen Werten zum Teil widersprechen, in einem säkular ausgerichteten Staat umgegangen werden soll. Forderungen nach dem Bau von Moscheen und der Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts, aber auch Praktiken wie Zwangsehen oder die weibliche Genitalbeschneidung, die auch innerhalb des Islam heftig umstritten sind, sorgen in der Beziehung mit der eingewanderten Bevölkerung bzw. dem Staat für Konflikte (Koopmans et al. 2005, 149; Wohrab-Sahr/Tezcan 2007).

In globaler Perspektive scheint der Islam nach der Epochenwende von 1989 den Kommunismus als politisch-ideologisches Feindbild abgelöst zu haben. Vor allem rechtspopulistische Kräfte haben sich dieses Themas angenommen und integrieren es in ihre politische Mobilisierung. Zur Rechtfertigung anti-muslimischer Positionen wird auf Huntingtons (1993) These eines *Clash of Civilizations* verwiesen und eine kulturelle Unvereinbarkeit islamischer mit christlichen bzw. europäischen Werten betont (Mudde 2007, 84ff.). Säkular ausgerichtete Zweige des Rechtspopulismus argumentieren ferner mit einer Gefährdung der Trennung von Kirche und Staat, der Demokratie und Meinungsfreiheit (z.B. Fortuyn 1997) oder der Gleichberechtigung der Geschlechter (Akkerman/Hagelund 2007) und verteidigen dabei eher der politischen Linken zugeordnete universalistische Prinzipien. Im Gegensatz dazu geraten gerade linke Kräfte durch das Spannungsverhältnis von multikultureller Akzeptanz und universalistischem Anspruch argumentativ häufig in die Defensive.

2.2 Rahmenbedingungen der Auseinandersetzung in Österreich und der Schweiz

In vergleichender Perspektive setzte die politische Debatte um den Islam in Österreich und der Schweiz relativ spät ein und erreichte lange nicht die in anderen Ländern beobachtbare Intensität. Erst in jüngster Zeit, d.h. nach der Jahrtausendwende, wurde der Umgang mit MuslimInnen ein wichtiges Thema der politischen Auseinandersetzung. Kritische Fragen nach deren Bereitschaft zur Integration in Staat und Gesellschaft sowie lokale Konflikte um den Bau islamischer Einrichtungen stehen dabei im Vordergrund. Die Kontextfaktoren bzw. Opportunitätsstrukturen, welche die Mobilisierung dieses Themas durch politische AkteurInnen bestimmen, sind zum Teil sehr ähnlich (Demografie, StaatsbürgerInnenschaftsmodell, Konfliktlinien, Parteienwettbewerb, Einstellungen der Bevölkerung), in zwei Punkten aber sehr unterschiedlich ausgestaltet: dem Partizipationsmodell und der Religionspolitik.

Überaus ähnlich verläuft die demografische Entwicklung: In Österreich betrug der Anteil der MuslimInnen an der Gesamtbevölkerung 1981 ein und stieg bis 2001 auf 4,2 Prozent an; in der Schweiz lag der Anteil 1980 unter einem, 2000 bei 4,3 Prozent.¹ In beiden Ländern besitzen die meisten MuslimInnen – 71,7 bzw. 88,3 Prozent – keine einheimische Staatsbürgerschaft, da sie in erster Generation als GastarbeiterInnen, später über den Familiennachzug eingewandert sind. Ferner waren beide Länder das Ziel vieler Kriegsflüchtlinge aus dem Balkan: rund 70.000 BosniakInnen kamen in den 1990er Jahren nach Österreich (Kogelmann 1999, 321), rund 30.000 in die Schweiz.²

Der große Anteil der MuslimInnen ohne österreichische bzw. schweizerische Staatsbürgerschaft verweist auf eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Länder: ein ethnisch definiertes

StaatsbürgerInnenschaftsmodell, verbunden mit einer vergleichsweise restriktiven Einbürgerungspolitik (Cinar/Waldrauch 2006; Helbling 2008). In Nachfolge von Brubakers (1992) Pionierstudie wird das StaatsbürgerInnenschaftsmodell als zentrale Variable zur Erklärung unterschiedlicher Immigrations- und Integrationspolitiken herangezogen (z.B. Koopmans et al. 2005). Dies gilt auch für den spezifischen Bereich muslimischer MigrantInnen (Favell 1998), denen ein republikanisches Modell den Aufbau eigenständiger Strukturen verwehrt, wogegen dies in einem stärker multikulturell ausgerichteten Kontext toleriert, gar gefördert wird. Diese unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen führen zu unterschiedlichen diskursiven Opportunitätsstrukturen (Koopmans et al. 2005), die MigrantInnen in einem multikulturellen Kontext Möglichkeiten bieten, Forderungen an den Staat bzw. die Öffentlichkeit zu richten, wogegen etwa die extreme Rechte in einem ethnisch dominierten Kontext relativ stärker Gehör findet.

Eine weitere Gemeinsamkeit bezieht sich auf die zentralen Streitthemen der Politik und die damit verbundene *Struktur des politischen Raums*. In beiden Ländern ist diese von einer ökonomischen und einer kulturellen Konfliktachse geprägt, wobei die Salienz und Polarisierung neuer kultureller Themen – darunter vor allem die Immigrationsfrage – sozioökonomische Fragen zurückgedrängt haben (Dolezal 2005; Kriesi et al. 2008). Traditionelle kulturell-religiöse Konflikte zwischen Säkularen und Katholiken (Österreich) bzw. Säkularen, Protestanten und Katholiken (Schweiz) haben ebenfalls an Bedeutung verloren. Starke *rechtspopulistische Parteien* sind seit den 1990er Jahren für diese Neustrukturierung des politischen Wettbewerbs verantwortlich. Im Gegensatz zu anderen rechtspopulistischen Parteien (vgl. Mudde 2007, 84ff.) verweisen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) sowie die Schweizerische Volkspartei (SVP) in ihrer Agitation nur selten auf das christliche Erbe Europas. Die FPÖ war traditionell säkular bzw. anti-katholisch ausgerichtet; erst Mitte der 1990er Jahre wurde – gegen innerparteilichen Widerstand – ein Bekenntnis zum Christentum in das neue Parteiprogramm aufgenommen (Luther 2006, 379). Bei der Mobilisierung des AusländerInnenthemas spielten religiöse Praktiken von MigrantInnen deshalb lange Zeit keine prominente Rolle (Rosenberger 2005, 73). Dies gilt auch für die SVP, die trotz ihres ländlich-protestantischen Ursprungs kaum mit religiösen Argumenten operierte (vgl. McGann/Kitschelt 2005).

Schließlich erfolgt die politische Auseinandersetzung um MuslimInnen in einem Umfeld, das zunehmend von islamkritischen *Einstellungen der Bevölkerung* geprägt ist: Ergebnisse des World Values Survey (WVS) belegen, dass in Österreich und der Schweiz seit den 1990er Jahren die Zurückweisung von MuslimInnen gestiegen ist, wogegen ImmigrantInnen allgemein auf weniger Ablehnung stoßen als zuvor. Die nur für die Schweiz vorhandenen Daten der jüngsten Befragung von 2007³ zeigen, dass 21,9 Prozent MuslimInnen als NachbarInnen ablehnen, 7,8 Prozent äußern dies gegenüber ImmigrantInnen generell, wobei die westeuropäischen Mittelwerte 18,9 bzw. 13,9 Prozent betragen.⁴ Die Daten verweisen ferner auf eine sehr ähnliche parteipolitische Strukturierung dieser Einstellungen, da in beiden Ländern rechtspopulistische WählerInnen die stärkste Missbilligung äußern und Grüne bzw. SozialdemokratInnen die geringste. Unterschiede gibt es jedoch bei der wahrgenommenen Bedrohung durch islamistischen Terrorismus: Resultate des European Social Survey (ESS)⁵ weisen darauf hin, dass doppelt so viele SchweizerInnen (26,3 Prozent) wie ÖsterreicherInnen (13,7 Prozent) ihr Heimatland gefährdet sehen, wobei aber beide Länder unter dem westeuropäischen Mittel von 36,6 Prozent liegen.

Im Gegensatz zu den bisher genannten Aspekten, die sehr ähnliche Ausprägungen zeigen, unterscheiden sich die „Alpenrepubliken“ sowohl hinsichtlich des allgemein dominanten Partizipationsmodells als auch im Verhältnis von Staat und Islam.

Im Bereich der *politischen Partizipation* ist Österreich – immer noch – von starken Parteien und einer Dominanz konventioneller Partizipationsformen geprägt. Zwar sind direktdemokratische Instrumente vorhanden, doch werden sie eher „von oben“ initiiert; abgesehen von Volksabstimmungen kommt ihnen ein rein appellativer Charakter zu (Müller 2006, 109ff.). Im Gegensatz dazu sind es in der Schweiz Wahlen und der Parteienwettbewerb, denen in Anbetracht der zentralen Stellung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren (Treichsel/Kriesi 1996) und der lange Zeit geringen Bedeutung der Nationalratswahlen für die Regierungsbildung eine vergleichsweise geringe Rolle zukommt. Die größere Bedeutung konventioneller Partizipationsformen zeigt sich in Österreich unter anderem in der doppelt so hohen Wahlbeteiligung (82,7 vs. 44,2 Prozent im Mittel der 1990er/2000er) und dem dreimal so hohen Anteil an ParteimitgliederInnen unter den Wahlberechtigten (17,7 vs. 6,4 Prozent Ende der 1990er Jahre; vgl. Alemann/Spier 2008; Ladner 2006). Die Existenz direktdemokratischer Instrumente führt in der Schweiz zudem nicht zu einer Abkehr von weniger institutionalisierten Protestformen. Zwar nehmen sie meist gemäßigte Formen an, doch sind sie insgesamt stark verbreitet (Kriesi et al. 1995), wogegen in Österreich der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und dem politischen Protest nur eine geringe Bedeutung zukommt (Dolezal/Hutter 2007).

Der öffentliche Umgang mit kulturellen und religiösen Forderungen der MuslimInnen ist schließlich auch vom allgemeinen *Verhältnis zwischen Staat und Religion* geprägt, das als Staatskirchen-, Kooperations- oder Trennsystem ausgestaltet sein kann (Robbers 2005). Dieses institutionell definierte Beziehungsmuster sollte durch die faktische oder gesellschaftliche Bedeutung der Religion ergänzt werden, die zu einer von den Institutionen unabhängigen zentralen Rolle bei politischen Auseinandersetzungen führen kann (vgl. Ferree et al. 2002, 75ff.). Aus Sicht der MuslimInnen ergeben sich aus dem traditionellen Verhältnis zwischen Staat und christlichen Glaubensgemeinschaften unterschiedliche Opportunitäten: So kann eine Verschränkung von Kirche und Politik eher zu einer Anerkennung *religiös* definierter Forderungen führen als eine strikte Trennung (Fetzer/Soper 2005).

In Österreich ist das Kirche-Staat-Verhältnis traditionell von Kooperation geprägt (Rosenberger 2005, 68); dies gilt auch für die Schweiz, wenngleich das Verhältnis aufgrund unterschiedlicher kantonaler Regelungen schwieriger einzuordnen ist. Als zentrales Merkmal kann aber festgehalten werden, dass in den allermeisten Kantonen die traditionellen christlichen Kirchen durch den Staat anerkannt werden (Hafner/Gremmelspacher 2005). Eine solche Anerkennung und die damit verbundenen Privilegien wie die staatliche Unterstützung bei der Erhebung der Kirchensteuer oder die Erteilung eines Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen werden dem Islam jedoch weitgehend verwehrt. In starkem Kontrast dazu steht die rechtliche Situation in Österreich, da der Islam infolge der Okkupation (1878) bzw. Annexion (1908) der osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina bereits in der Monarchie eine staatliche Anerkennung erfuhr und 1912 den übrigen Religionen gleichgestellt wurde (Ornig 2006, 107ff.; Schmied/Wieshaider 2004, 202; Strobl 1997). Nach dem Ende der Monarchie verloren diese Bestimmungen nicht an rechtlicher, zunächst aber an faktischer Bedeutung; 1979 konstituierte sich dann die „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“ (IGGiÖ) als offizielle Vertretung der MuslimInnen. Ihr Charakter als Körperschaft öffentlichen Rechts und die Gleichstellung des Islam vor allem mit der gesellschaftlich dominanten katholischen Kirche gelten als einzigartig (Ornig 2006, 107). Die faktische Konsequenz dieser Politik liegt in einer sehr weitgehenden Möglichkeit der öffentlichen Ausübung islamischer Praktiken, die in der Schweiz so nicht gegeben ist (Tabelle 1).

Tabelle 1 zeigt, dass nahezu alle für die Religionsausübung relevanten Praktiken in Österreich rechtlich abgesichert bzw. toleriert sind; in der Schweiz ist dies nicht der Fall, wenngleich eine

Tabelle 1: Die Regulierung islamischer Religionsausübung:
Skala von -1 (verboten/nicht vorhanden) bis +1 (rechtlich abgesichert/vorhanden)

	Österreich					Schweiz			
	1980	1990	2002	2007		1980	1990	2002	2007
rituelles Schlachten	1	1	1	1		-1	-1	-1	-1
Gebetsaufruf	0	0	0	0		-1	-1	-1	-1
Begräbnisse	1	1	1	1		-1	-1	0	0,5
islamische Schulen	0	0	1	1		-1	-1	-1	-1
Religionsunterricht	1	1	1	1		-1	-1	0	0
Kopftuch für Lehrerinnen	1	1	1	1		-1	-1	-1	-1
islamisches Programm im öffentlichen Rundfunk	1	1	1	1		-1	-1	-1	-1
Mittelwert	0,7	0,7	0,9	0,9		-1,0	-1,0	-0,7	-0,6

Quelle: Koopmans et al. (2005, 55–63) für die Schweiz bis 2002; für Österreich und 2007 für die Schweiz die im Haupttext zitierte Literatur.

Tendenz in Richtung größerer Akzeptanz beobachtbar ist: Das rituelle Schlachten von Tieren – auch ohne vorherige Betäubung – ist in Österreich erlaubt (Abid 2006, 275; Schmied/Wieshaider 2004, 207ff.), in der Schweiz nicht. Unterschiedlich gehandhabt werden in Österreich Gebetsaufrufe in Moscheen,⁶ wogegen sie in der Schweiz generell nicht erfolgen (Koopmans et al. 2005, 56). Die Grablegung nach muslimischen Vorschriften ist in Österreich seit den 1970er Jahren möglich (Schmied/Wieshaider 2004, 206), zunehmend auch in der Schweiz. Islamisch orientierte Privatschulen sind in Österreich anderen konfessionellen Schulen gleichgestellt und erhalten daher staatliche Subventionen; ein islamisches Gymnasium besteht seit 1999. Ein Religionsunterricht an öffentlichen Schulen wird seit 1982 durchgeführt (Schmied/Wieshaider 2004, 213ff.). In der Schweiz erhalten islamische Schulen keine Subventionen, ein islamischer Religionsunterricht erfolgt bislang allein in Pilotprojekten (Kappus 2004). Die in vielen Ländern heftig geführte Debatte über das Kopftuch verläuft in Österreich vergleichsweise ruhig (Abid 2006, 270): Schülerinnen ist das Tragen explizit erlaubt,⁷ bei Lehrerinnen wird es toleriert.⁸ In der Schweiz wird das Kopftuch bei Schülerinnen akzeptiert, aufgrund der gebotenen weltanschaulichen bzw. religiösen Neutralität aber nicht bei Lehrerinnen (Gianni 2005, 19). Die staatliche Anerkennung des Islam zeigt sich schließlich auch im Bereich des öffentlichen Fernsehens, das in Österreich der Glaubensgemeinschaft seit 1979 einen fixen Sendeplatz einräumt.⁹ In der Schweiz ist eine solche Regelung nicht vorhanden.

2.3 Hypothesen und Fragestellungen für die empirische Analyse

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass die beiden Fälle zahlreiche Gemeinsamkeiten bei den Kontextfaktoren aufweisen, welche die Auseinandersetzung um den Islam prägen. In zwei zentralen Aspekten unterscheiden sich die Länder jedoch: im dominanten Modell politischer Partizipation und im Verhältnis zwischen Staat und islamischer Religionsgemeinschaft. Auf Basis dieser Beobachtung ergeben sich folgende Erwartungshaltungen bzw. Fragestellungen:

- (1) In zeitlicher Perspektive erwarten wir in beiden Ländern prägnante Unterschiede in der generellen Salienz der Debatte um den Islam vor bzw. nach den Terroranschlägen von 2001, dem Schlüsselereignis dieser Auseinandersetzung.
- (2) Die Unterschiede im dominanten Modell politischer Partizipation sollten sich in den Akteurscharakteristika, den die Debatte antreibenden Kontextereignissen und dem gewählten Aktionsrepertoire widerspiegeln, weshalb wir in Österreich grundsätzlich einen größeren Anteil institutionalisierter AkteurInnen bzw. Repertoires erwarten. Besonders der Parteienwettbewerb sollte die Debatte stärker prägen als in der Schweiz. Als Gegenthese kann jedoch auf themenspezifische Opportunitätsstrukturen verwiesen werden (vgl. Koopmans/Statham 1999a), die muslimische AkteurInnen in Österreich begünstigen (siehe unten).
- (3) Angesichts des ethnischen StaatsbürgerInnenschaftsmodells und der elektoralen Stärke des Rechtspopulismus erwarten wir in beiden Ländern eine dominante Rolle rechtspopulistischer Parteien in der Debatte. Offen ist, wie sich bürgerliche und linke Parteien an ihr beteiligen: Wenn dieses Thema ihre eigene Anhängerschaft spaltet oder ihnen das Spannungsverhältnis von multikulturellen und universalistischen Positionen argumentative Probleme bereitet, könnten sie danach streben, sich dem Konflikt zu entziehen.
- (4) Schließlich geht es um die Frage, ob das Modell der StaatsbürgerInnenschaft (vgl. Favell 1998) oder das Verhältnis zwischen Staat und Islam (vgl. Fetzer/Soper 2005) die Debatte stärker prägt. Bei einer dominanten Rolle des StaatsbürgerInnenschaftsverständnisses sollten sich wegen der in beiden Fällen vorhandenen ethnischen Ausprägung keine Unterschiede zeigen. Wegen der damit verbundenen restriktiven Opportunitätsstrukturen wäre in beiden Ländern eine geringe Sichtbarkeit muslimischer AkteurInnen und generell wenig Toleranz gegenüber ihren Anliegen zu erwarten (Koopmans et al. 2005). Sind jedoch die Unterschiede im Verhältnis von Staat und Islam für die Debatte entscheidend, sollten muslimische AkteurInnen in Österreich über eine größere Sichtbarkeit verfügen als in der Schweiz. Ferner sollte die österreichische Debatte pragmatischer verlaufen und sich stärker auf konkrete Anliegen der MuslimInnen beziehen, die im Gegensatz zur Schweiz auch eher als religiöse Gruppe, weniger als AusländerInnen wahrgenommen werden sollten.

3. Methodik der Inhaltsanalyse

Die nachfolgende Analyse der politischen Auseinandersetzung um den Islam und MuslimInnen in Österreich und der Schweiz stützt sich auf die Berichterstattung in Qualitätszeitungen, die wir als Indikator für die gesamtgesellschaftliche Relevanz eines Streitgegenstandes interpretieren. Die quantitative Medieninhaltsanalyse¹⁰ wurde in zwei Schritten durchgeführt:

In einem ersten Schritt wurde die Berichterstattung der beiden nationalen Qualitätszeitungen „Die Presse“¹¹ und „Neue Zürcher Zeitung“ („NZZ“) zu Immigrationsfragen im Zeitraum 1998–2007 ausgewählt. Diese Untersuchungsperiode berücksichtigt die von vielen BeobachterInnen zugesprochene Wirkung der Terroranschläge von 2001. Die elektronisch durchgeführte Selektion¹² der Artikel erfolgte auf Basis einer Stichwortliste, bei der inhaltliche Suchworte mit österreich- bzw. schweizspezifischen Orts- und Akteursbezeichnungen kombiniert wurden, um den Anteil der Artikel ohne nationalen Bezug bereits bei der Selektion zu minimieren. Aus dieser

allgemeinen Immigrationsdebatte wurden anschließend alle den Islam bzw. MuslimInnen thematisierenden Artikel ausgewählt, welche im Folgenden die Grundlage der empirischen Untersuchung darstellen. Dies ermöglicht es, zunächst die zeitliche Entwicklung dieses Themas in der Berichterstattung zu bestimmen.

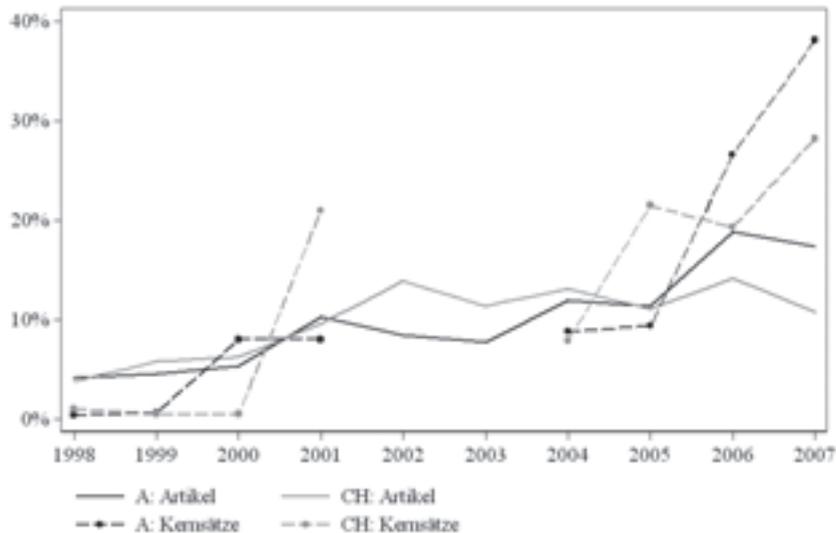
Der Schwerpunkt der Analyse liegt aber nicht auf der generellen Bedeutung des Themas in der Medienberichterstattung, sondern vielmehr auf der politischen Auseinandersetzung zwischen staatlichen oder gesellschaftlichen AkteurInnen, weshalb in einem zweiten Untersuchungsschritt eine von Kleinnijenhuis und Kollegen (z.B. Kleinnijenhuis et al. 1997) entwickelte relationale, kernsatzbasierte Inhaltsanalyse angewandt wird. Ein „Kernsatz“, definiert als kleinste Information eines grammatikalischen Satzes, stellt dabei die Erhebungseinheit dar. Aufgrund des hohen Codieraufwandes konzentriert sich dieser Schritt auf zwei vierjährige Perioden vor bzw. nach dem 11. September 2001: 1998–2001 und 2004–2007, aus denen eine „temporale Stichprobe“¹³ von Artikeln gezogen wurde. Letztlich umfasst der Datensatz 488 (Österreich) bzw. 404 (Schweiz) Beobachtungen, also Kernsätze zum Themenbereich Islam bzw. MuslimInnen. Das Ziel einer relationalen Inhaltsanalyse ist die Erfassung von Beziehungen zwischen Objekten, d.h. von AkteurInnen und politischen Themen. Im Folgenden interessieren uns alle Beziehungen zwischen (a) zwei AkteurInnen, d.h. zwischen einem „Subjekt“ und einem „Objekt“ mit einem thematischen Bezug zum Islam (A-A-T-Sätze), und (b) zwischen SubjektakteurInnen und einem mit dem Islam verbundenen Objekt-Thema (A-T-Sätze). Die Richtung der Beziehung zwischen Subjekt und Objekt wird auf einer Skala von -1 bis +1 codiert (mit drei mittleren Werten), wobei eine Beziehung von -1 Kritik bzw. Ablehnung gegenüber AkteurInnen oder Themen ausdrückt und +1 für eine positive Wertung steht. Die drei zentralen Variablen Akteurstyp, Thema und Richtung beantworten bereits wesentliche Fragen der Analyse: Welche AkteurInnen beteiligen sich an der Debatte und wie ist diese inhaltlich strukturiert?

Zusätzlich wurde die Vorgehensweise von Kleinnijenhuis und Kollegen um drei zentrale Elemente anderer inhaltsanalytischer Verfahren erweitert: Kontextereignis, Aktionsform und Begründung (vgl. Ferree et al. 2002; Koopmans/Statham 1999b). Das *Kontextereignis* löst die Kommunikationsaktivitäten der AkteurInnen aus,¹⁴ es treibt die politische Auseinandersetzung an und ist für deren Dynamik verantwortlich, weshalb es auch als *original stimulus* (Ferree et al. 2002) bezeichnet wird. Im Gegensatz zur grundsätzlichen Fokussierung auf Kernsätze ist das Kontextereignis auf der Articlebene angesiedelt, da es für alle AkteurInnen identisch ist. Die *Aktionsform* wird hingegen den einzelnen AkteurInnen zugesprochen und deshalb auf der Ebene des Kernsatzes codiert. Sie ist diejenige Handlung, mit der die mediale Aufmerksamkeitsschwelle überschritten und Publizität erlangt wird. Die *Begründung* ist schließlich das spezifische Argument, mit dem eine eingenommene Position gegenüber einem Streitgegenstand gerechtfertigt wird. Sie wird deshalb nur für A-T-Sätze erhoben. Da in Medienberichten mehrmalige Positionsbeschreibungen nicht jedes Mal begründet werden, wird auch diese Variable auf die Articlebene ausgedehnt, wobei bis zu fünf Begründungen pro Kernsatz erfasst werden.

4. Ergebnisse der Untersuchung

Auf Basis der Hypothesen und Fragestellungen interessieren wir uns zunächst für den zeitlichen Verlauf der Debatte; unser Hauptaugenmerk gilt danach aber dem Charakter der AkteurInnen, ihrem Aktionsrepertoire sowie ihren inhaltlichen Forderungen und thematischen Begründungen.

Abbildung 1: Die Entwicklung des Themas „Islam/MuslimInnen“ in der nationalen Berichterstattung und der politischen Auseinandersetzung (Prozentwerte)



Quelle: eigene Erhebung

Anmerkung: *Artikel* misst den jährlichen Anteil der Artikel an der gesamten Berichterstattung über Islam/MuslimInnen im Zeitraum 1998–2007 (Österreich 5.033 Artikel, Schweiz 6.090), *Kernsätze* den Anteil an allen Kernsätzen von 1998–2001 und 2004–2007 (Österreich 488 Kernsätze, Schweiz 404).

Abbildung 1 zeigt auf Basis der erfassten Artikel und codierten Kernsätze den zeitlichen Verlauf der Debatte. Die temporale Verteilung der Artikel gibt Auskunft über die allgemeine Bedeutung des Themas in der nationalen Berichterstattung. Im Gegensatz dazu ist die Verteilung der Kernsätze, die einzelne Positionsbezüge von AkteurInnen darstellen, ein Maßstab für die zeitliche Entwicklung der politischen Auseinandersetzung.

Die Verteilung aller den Islam bzw. MuslimInnen thematisierenden *Artikel* über die zehn untersuchten Jahre zeigt in beiden Ländern um (Österreich) bzw. nach 2001 (Schweiz) einen leichten Peak, da 9/11 die Berichterstattung über den Islam intensiviert. Bei den *Kernsätzen*, also der öffentlichen Politisierung des Themas, offenbaren sich Unterschiede: In Österreich verläuft die Auseinandersetzung auch im „Schlüsseljahr“ 2001 auf einem sehr niedrigen Niveau und gewinnt erst in den beiden letzten Jahren der Untersuchungsperiode, 2006 und 2007, an Dynamik. In der Schweiz ist 2001 hingegen ein deutlicher Peak vorhanden. Das Thema hat früher als in Österreich an Salienz in der politischen Debatte gewonnen, doch auch hier wird der höchste Politisierungsgrad erst im letzten Untersuchungsjahr erreicht, d.h. lange nach den Anschlägen in den USA, die das Timing der politischen Auseinandersetzung weniger stark beeinflussten als vielfach angenommen.

Die in Tabelle 2 präsentierten Ergebnisse zeigen die relative Bedeutung der in drei Gruppen zusammengefassten Akteurstypen. „Exekutive“ umfasst alle staatlichen AkteurInnen ohne Bezug zu Parteien, d.h. Behörden, Polizei, Gerichte etc. Alle AkteurInnen, die Parteien zurechenbar sind,¹⁵ werden der zweiten Kategorie „Parteien“ zugeordnet, die aufgrund der komparativen Vorgehensweise und der zum Teil geringen Fallzahl drei Ausprägungen aufweist: links, Mitte-

rechts und Rechtspopulisten. Die Kategorie „gesellschaftliche AkteurInnen“ enthält schließlich alle übrigen Akteurstypen (z.B. NGOs, WissenschaftlerInnen oder KirchenvertreterInnen), wobei unser besonderes Interesse muslimischen RepräsentantInnen gilt. Generell wurden in dieser Auswertung nur die als Subjekt codierten AkteurInnen berücksichtigt, da diese die Auseinandersetzung initiieren und prägen.

Tabelle 2: Akteurstypen* (Prozentwerte)

	Österreich		Schweiz	
Exekutive	10,9		18,1	
Parteien**	31,0		26,1	
<i>Links</i>		23,7		11,4
<i>Mitte-rechts</i>		25,9		28,4
<i>Rechtspopulisten</i>		48,9		54,5
gesellschaftliche AkteurInnen	58,1		55,8	
<i>MuslimInnen</i>		59,4		18,1
<i>Sonstige</i>		40,6		81,9
(n)	(449)		(337)	

Quelle: eigene Erhebung

Anmerkungen:

* Nur als Subjekt codierte AkteurInnen sind hier aufgenommen.

** Links (SPÖ bzw. SP, Grüne u.a.), Mitte-rechts (ÖVP bzw. CVP, FDP u.a.), Rechtspopulisten (FPÖ, BZÖ bzw. SVP u.a.). Die kursiv angeführte Verteilung der Kernsätze innerhalb der Kategorie summiert sich nicht auf 100, da zwei bzw. fünf Sätze mit „Nationalrat“ als Subjektakteur erfasst wurden.

Die relative Bedeutung der drei Akteurstypen bestätigt die auf Basis des generellen Partizipationsmodells erwarteten Unterschiede zwischen den Ländern nur teilweise. Ein Vergleich des Verhältnisses von Exekutive und Parteien unterstreicht für Österreich die deutlich größere Rolle parteipolitischer AkteurInnen, für die dreimal so viele Nennungen erfasst wurden wie für den Bereich der Exekutive; in der Schweiz ist dieser Unterschied deutlich geringer ausgeprägt. Gleichzeitig sind aber in beiden Ländern gesellschaftliche AkteurInnen in etwa gleich stark vertreten. In starkem Kontrast zur Schweiz dominieren in Österreich jedoch MuslimInnen die Debatte: Allein die IGGiÖ deckt 8,2 Prozent aller erfassten Aussagen ab. Die große Sichtbarkeit muslimischer RepräsentantInnen zeigt, wie stark die spezifische institutionelle Konfiguration des Kirche-Staat-Verhältnisses und die damit verbundenen themenspezifischen Opportunitätsstrukturen die politische Auseinandersetzung bestimmen. Wegen der fehlenden institutionalisierten Einbettung in das politische System wird muslimischen VertreterInnen in der Schweiz deutlich weniger Platz in der öffentlichen Debatte eingeräumt. Mit Blick auf die beteiligten Parteien zeigt sich in beiden Ländern schließlich ein extrem hoher Anteil der Rechtspopulisten, die das Thema in der Parteienarena dominieren. Die anderen Parteigruppen sind deutlich weniger in die Debatte involviert, wobei im Falle der Schweiz die geringe Präsenz der politischen Linken besonders auffällt.

Zeigt sich bei den Akteursbeziehungen somit die Dominanz der themenspezifischen Opportunitätsstrukturen, geraten beim Aktionsrepertoire der AkteurInnen die allgemeinen Strukturen,

Tabelle 3: Kontextereignisse und Aktionsformen (Prozentwerte)

	Österreich		Schweiz	
	Kontextereignis	Aktionsform	Kontextereignis	Aktionsform
staatlich	24,2	12,9	16,8	17,3
nicht-staatlich	12,5	13,1	24,8	25,0
anderes/unbekannt	63,3	74,0	58,4	57,7
(n)	(488)		(404)	

Quelle: eigene Erhebung

d.h. die Unterschiede zwischen den politischen Systemen und Kulturen der beiden Länder, in den Vordergrund. Tabelle 3 zeigt das Aktionsrepertoire auf Basis zweier Maßzahlen: erstens in Bezug auf den Kontext, also das die Berichterstattung auslösende Ereignis, zweitens in Bezug auf die einzelnen Aussagen bzw. Handlungen der AkteurInnen. Die Kategorie „staatlich“ umfasst dabei unter anderem Regierungsbeschlüsse und Parlamentssitzungen, wogegen sich die Kategorie „nicht-staatlich“ z.B. auf Treffen von NGOs oder Protestaktionen bezieht. Da eine Interpretation der übrigen Formen relativ schwierig ist – ihre Bedeutung ist nicht zuletzt vom Stil der Berichterstattung abhängig¹⁶ – steht das Verhältnis von staatlichen und nicht-staatlichen Formen im Vordergrund der Analyse.

Bei den die Berichterstattung auslösenden Kontextereignissen zeigt sich in Österreich die erwartete Dominanz staatlicher gegenüber nicht-staatlichen Handlungen, wogegen wir in der Schweiz ein umgekehrtes Verhältnis beobachten. Bei den Aktionsformen ist dieses Verhältnis in Österreich sehr ausgeglichen, in der Schweiz dominiert erneut die nicht-staatliche gegenüber der staatlichen Ebene. Wie oben angeführt, bestätigt dies die übergeordnete Bedeutung des generellen Partizipationsmodells für das Aktionsrepertoire der AkteurInnen.

Die Opportunitätsstrukturen bestimmen schließlich auch die thematische Ausrichtung der Debatte sowie die von den AkteurInnen verwendeten Begründungen. Tabelle 4 zeigt zunächst die inhaltliche Strukturierung der Auseinandersetzung, wobei vier Themenbereiche unterschieden werden: „Terrorismus/Fundamentalismus“ vereint alle Aussagen über islamischen Fundamentalismus und islamistisch motivierte terroristische Anschläge. Die beiden Themen sind grundsätzlich klar zu unterscheiden, doch wird diese Differenzierung von den AkteurInnen – und auch in der Berichterstattung – nicht immer aufrechterhalten. Die zweite Kategorie, „islamische Einrichtungen“, fasst Themen wie den Bau von Moscheen, Minaretten und sonstigen Einrichtungen zusammen. „Islamische Bräuche/Anerkennung“ bezieht sich auf die staatliche Anerkennung des Islam, vor allem aber auf den Umgang mit religiös-kulturell motivierten Forderungen wie das Tragen des Kopftuches oder die Trennung der Geschlechter in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Schließlich summiert die Kategorie „Integration von MuslimInnen“ allgemeine Aussagen über MuslimInnen bzw. ihre Integration in die Gesellschaft. Auf Basis dieser Kategorisierung zeigen die Daten die *Salienz* der einzelnen Themenbereiche sowie die *Richtung* der von den AkteurInnen getroffenen Aussagen, welche zwischen -1 und +1 variieren kann.

Aber nicht nur die Salienz und Richtung der Positionen wurden erfasst, auch die von den AkteurInnen verwendeten Begründungen. In Anlehnung an Habermas (1991) werden dabei drei Argumentationstypen unterschieden (vgl. Trenz 2005, 262ff.): „Pragmatische“ Begründungen umfassen rationale bzw. interessen geleitete Motive, die Kosten-Nutzen-Überlegungen oder

Argumente der Effizienz betonen, etwa wenn der Bau von Moscheen mit der gewachsenen Zahl von MuslimInnen begründet oder wenn deren Einwanderung abgelehnt wird, da sie die innere Sicherheit gefährde. Pragmatische *Frames* können daher – wie alle Begründungen – grundsätzlich bei positiven wie bei negativen Aussagen verwendet werden. „Ethisch-politische“ Begründungsmuster beziehen sich auf Fragen der nationalen Identität oder stützen sich allgemein auf einen partikularistischen Wir-Zusammenhang. Mit einem solchen *Frame* werden z.B. muslimische Forderungen abgelehnt, da diese die nationale, gewachsene Kultur des Landes bedrohen. „Moralisch-universalistische“ Begründungen verleihen im Gegensatz dazu moralischen Grundsätzen und normativen Prinzipien eine universelle Geltung. So unterstützen AkteurInnen etwa den Bau von Moscheen mit dem Verweis auf die Religionsfreiheit oder begründen ein Verbot des Tragens von Kopftüchern mit der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Auf Basis der Kontextfaktoren, welche die Art und Weise der Auseinandersetzung um den Islam bestimmen, erwarten wir in Österreich, anders als in der Schweiz, eine primär pragmatisch geführte Debatte, die sich auf konkrete Probleme bezieht und für Forderungen von MuslimInnen offen ist. Die in Tabelle 4 präsentierten Daten bestätigen diese These mit Blick auf die Begründungen, aber nur teilweise in Bezug auf die Themen.

Tabelle 4: Themen und Begründungen

Themen	Österreich				Schweiz			
	1998–2001*		2004–2007		1998–2001*		2004–2007	
	Salienz (%)	Richtung (MW)						
Terrorismus/ Fundamentalismus	5,3	—**	34,8	-0,4	25,0	—**	10,1	-0,4
islamische Einrichtungen	44,7	-0,2	20,6	-0,1	0,0	—**	30,2	-0,3
islamische Bräuche/ Anerkennung des Islam	36,8	+0,3	19,8	+0,2	16,7	—**	45,2	-0,2
Integration von MuslimInnen	13,2	—**	24,8	+0,3	58,3	+0,9	14,5	+0,9
(n)	(38)		(379)		(24)		(248)	
Begründungen***								
pragmatisch (Interesse)	33,3%				12,0%			
ethisch-politisch (Identität)	42,3%				32,7%			
moralisch-universalistisch (Werte)	24,4%				55,3%			
(n)	(156)				(300)			

Quelle: eigene Erhebung

Anmerkungen:

MW (Mittelwert) auf einer Skala von -1 bis +1

* Die Berichterstattung vom 12.9. bis zum 31.12.2001 ist in dieser Analyse nicht berücksichtigt.

** Da weniger als zehn Aussagen erfasst wurden, ist keine sinnvolle Messung des Mittelwertes möglich.

*** Aufgrund der geringen Fallzahl erfolgt hier kein temporaler Vergleich.

In der ersten Untersuchungsperiode, in der es grundsätzlich kaum zu einer politischen Auseinandersetzung kam, wird in Österreich bereits über islamische Einrichtungen und Bräuche bzw. den Islam allgemein verhandelt. In der Schweiz kommt hingegen besonders der Frage islamischer Einrichtungen, d.h. der Präsenz von MuslimInnen im öffentlichen Raum, in den Jahren 1998–2001 keine Bedeutung zu. Die schweizerische Debatte konzentriert sich vielmehr auf MuslimInnen als Ausländergruppe sowie auf Terrorismus bzw. Fundamentalismus. Dieses Verhältnis kehrt sich in der zweiten Untersuchungsperiode um: Diskussionen um konkrete Problemstellungen, d.h. um islamische Einrichtungen und Bräuche, nehmen in der Schweiz stark zu, während sie in Österreich an Gewicht verlieren. Dies deutet darauf hin, dass in der Schweiz auch aufgrund internationaler Ereignisse ein zuvor wenig salientes Thema zu einem kontroversen Streitgegenstand geworden ist. Vor allem der Bau von Minaretten hat in den letzten Jahren zu heftigen Kontroversen geführt; Gegner setzen diese mit islamischem Fundamentalismus gleich. In Bezug auf den Terrorismus war schließlich zu erwarten, dass dieses Thema infolge der globalen Entwicklung an Bedeutung gewinnt, aber kein zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung wird, da beide Länder im Untersuchungszeitraum von Anschlägen nicht betroffen waren. Im Gegensatz zur Schweiz ist eine geringe Salienz in Österreich jedoch nicht gegeben – im Gegenteil. Die gegen die österreichische (und deutsche) Regierung gerichteten Drohvideos der „Globalen Islamischen Medienfront“, einer vor allem im Internet aktiven Gruppe, haben die Debatte stark beeinflusst.

Die Begründungen der Positionen entsprechen hingegen durchwegs den Erwartungen: Im Vergleich zu Österreich nehmen pragmatische *Frames* in der schweizerischen Debatte einen deutlich geringeren Platz ein, sie wird verstärkt auf einer abstrakten Ebene, als Grundsatzdiskussion über moralische Prinzipien und Grundrechte ausgetragen. Der relative Anteil ethisch-politischer Begründungen ist in beiden Ländern ungefähr gleich, was auch dem in beiden Fällen vorherrschenden ethnischen Staatsbürgerschaftsverständnis entspricht.

In Bezug auf die *Richtung* der Aussagen sind vor allem bei der Kategorie „Terrorismus/Fundamentalismus“ stark negative Werte zu erwarten. Dies trifft jedoch nicht zu, da in dieser Kategorie auch Aussagen zur Terrorismusbekämpfung enthalten sind. Gerade linke sowie gemäßigte muslimische AkteurInnen wehren sich dabei gegen ihrer Ansicht nach zu weit gehende Mittel; radikale muslimische Gruppen lehnen eine Verurteilung von Gewalt ab. Die österreichischen Positionsbezüge gegenüber islamischen Einrichtungen und Bräuchen bleiben im Zeitverlauf relativ konstant. Allerdings waren diese Themen auch in Österreich während der ersten Untersuchungsperiode nur ein Randthema der Politik und wurden vor allem von zwei betont islamkritischen Akteuren geprägt: dem früheren FPÖ-Politiker Ewald Stadler und dem damaligen katholischen Bischof von St. Pölten, Kurt Krenn. Im Gegensatz dazu hatte sich die SVP dieses Themas in den 1990er Jahren noch nicht angenommen. Interessanter ist der Vergleich zwischen den beiden Ländern deshalb in der Phase nach 9/11: Wohl aufgrund der staatlichen Anerkennungspolitik und der Präsenz muslimischer AkteurInnen in der Debatte sind in Österreich die Positionen im Mittel positiver als in der Schweiz. Im schweizerischen Fall zeigt sich ferner, dass vormals kaum diskutierte Fragen des Umgangs mit islamischen Einrichtungen und Bräuchen stark und vorwiegend negativ debattiert werden.

Die Debatte um den Islam ist demnach sowohl bei den Begründungen als auch bei den Positionierungen der AkteurInnen stark von den themenspezifischen Opportunitätsstrukturen beeinflusst. Das spezifische Verhältnis von Islam und Staat erklärt ferner die Unterschiede in der Salienz der verhandelten Themen, da Auseinandersetzungen über religiöse Praktiken und Einrichtungen die schweizerische Debatte stärker prägen als die österreichische.

5. Zusammenfassung

Seit den 1990er Jahren, vor allem aber seit der Jahrtausendwende ist der Islam bzw. der Umgang mit muslimischen MigrantInnen in vielen europäischen Ländern zu einem neuen Thema der politischen Auseinandersetzung geworden. Relativ spät hat dieser Konflikt nun auch in Österreich und der Schweiz die politisch-institutionelle Ebene erreicht. Lokalpolitische Konflikte um den Bau von Moscheen, der Umgang mit westlichen Wertvorstellungen zum Teil widersprechenden religiös-kulturellen Ansprüchen muslimischer VertreterInnen und die Verknüpfung dieser Debatte mit der Bedrohung durch islamistischen Terrorismus bestimmen zunehmend auch in den beiden „Alpenrepubliken“ die öffentliche Auseinandersetzung.

Auf Basis einer relationalen, quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung in Qualitätszeitungen wurde gezeigt, dass die zeitliche Entwicklung dieser Debatte in den beiden Ländern relativ ähnlich verläuft und dass vor allem die Rechtspopulisten das Thema in der Parteienarena dominieren, wogegen linke und bürgerliche Parteien defensiv agieren. Die Rahmenbedingungen des Konflikts sind in den untersuchten Ländern ähnlich, unterscheiden sich aber in zwei zentralen Punkten: im dominanten Modell politischer Partizipation und im Verhältnis von Staat und Islam. Diese Unterschiede beeinflussen die Struktur der Auseinandersetzungen, bei der in der Schweiz wegen des bürgerschaftlichen Partizipationsmodells nicht-staatliche Aktionsformen und Kontextereignisse eine deutlich größere Rolle einnehmen als in Österreich; zudem sind ParteienvertreterInnen in der schweizerischen Debatte weniger präsent als in der österreichischen. Entgegen der auf Basis des Partizipationsmodells formulierten Erwartungshaltung nehmen gesellschaftliche AkteurInnen in beiden Ländern einen gleich wichtigen Platz in der Auseinandersetzung ein. Aber nur in Österreich kommt muslimischen VertreterInnen dabei eine dominante Rolle zu, die mit den themenspezifischen Opportunitätsstrukturen, d.h. der staatlichen Integration des Islam, erklärt werden kann. Diese spezifischen Faktoren beeinflussen auch die inhaltliche Struktur der Auseinandersetzung, die in Österreich pragmatischer und mit positiveren Aussagen gegenüber MuslimInnen geführt wird und Praktiken der Religionsausübung weniger stark thematisiert.

Nachfolgende Untersuchungen sollten verstärkt auf die Strategien der AkteurInnen eingehen, da der von uns gewählte methodische Zugang in dieser Frage an seine Grenzen stößt. Ferner sollten Länder in die Analyse aufgenommen werden, die zwei typische Merkmale der hier untersuchten Fälle nicht aufweisen: ein ethnisches Staatsbürgerschaftsverständnis und eine zentrale Stellung des Rechtspopulismus. Abschließend stellt sich die Frage, wie die Auseinandersetzung um den Islam generell einzuordnen ist: Gleichet dieses Thema, ähnlich wie der Streit um Europa, einem „schlafenden Riesen“, der – einmal erweckt – eine strukturierende Wirkung auf politische Konfliktlinien besitzt oder wird die Debatte rasch wieder an Bedeutung verlieren? Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich dies noch nicht beantworten.

ANMERKUNGEN

- 1 Quellen: Volkszählungen (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen/index.html; <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/05.html>); Zugriff am 6.6.2008.
- 2 Vgl. Bundesamt für Migration (http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/themen/asyl/humanitaere_tradition.html); Zugriff am 6.6.2008.
- 3 Österreich hat an der aktuellen WVS-Welle nicht teilgenommen. Die letzten verfügbaren Zahlen stammen daher aus 1999 und zeigen einen Anteil von 15,4 bzw. 12,2 Prozent.

- 4 Eine Studie des Innenministeriums weist einen Anteil von 40 Prozent sich „moderat“ bzw. „extrem“ negativ äussernden Befragten aus (Rohe 2006, 26), doch sind im veröffentlichten Bericht keine näheren Angaben zur Fragestellung angeführt. Die Rohdaten dieser Studie wurden nicht zur Verfügung gestellt.
- 5 Die Fragen C11 und C12 beziehen sich allgemein auf Terroranschläge, doch werden diese in den hier untersuchten Ländern wohl ausschließlich mit islamistisch motivierten Akten gleichgesetzt.
- 6 Laut IGGiÖ erfolgt in Wien-Floridsdorf ein Gebetsaufruf; in Telfs (Tirol) wird darauf verzichtet (Telfer Blatt, 16.10.2005).
- 7 Vgl. das Schreiben des Bildungsministeriums vom 23.6.2004 (ZI 20.251/3-III/3/2004).
- 8 Quelle: Wiener Zeitung, 8.8.2007.
- 9 Seit 1995 ist dies in die Sendereihe „Religionen der Welt“ integriert und ermöglicht der Glaubensgemeinschaft jährlich etwa sechs bis acht Sendeplätze (Quelle: ORF).
- 10 Der Datensatz entstand im Rahmen des von der deutschen Forschungsgemeinschaft (SFB 536, Projekt C5) und dem schweizerischen Nationalfonds (Projekt 100012-111756) finanzierten Projektes „Politischer Wandel in entgrenzten Räumen. Nationale und transnationale Kampagnen im Vergleich“. Die Projektleitung obliegt Edgar Grande (München) und Hanspeter Kriesi (Zürich).
- 11 Die Konzentration auf eine Zeitung je Land ist für die hier verfolgte Fragestellung ausreichend. Ein Vergleich der Anzahl relevanter Artikel in „Die Presse“ und „Der Standard“ zeigt im Umfang und bei der zeitlichen Entwicklung nahezu identische Ergebnisse. Für die Schweiz liegt neben der „NZZ“ keine andere Qualitätszeitung mit einem landesweiten Anspruch vor; ihre generelle politische Orientierung gleicht auch eher der traditionell bürgerlich-konservativen „Presse“.
- 12 Die Presse ist über die Datenbank Factiva (<http://global.factiva.com>) verfügbar. Die „NZZ“ stellt ihr Archiv von 1998 bis 2006 als CD-Rom zur Verfügung, für 2007 wurde ebenfalls auf Factiva zurückgegriffen.
- 13 Um Verdichtungen der Kommunikationsaktivitäten systematisch abzudecken, wurden keine spezifischen Wochentage gewählt oder eine Zufallsstichprobe aus dem gesamten Zeitraum gezogen. Die Artikel wurden zeitlich geordnet und jeder neunte (Österreich) bzw. elfte (Schweiz) für die Codierung selektioniert.
- 14 Wie Ferree et al. (2002) folgen wir dabei einer 1-Monatsregel nach der nur jenes Ereignis als Kontextereignis codiert wird, das höchstens einen Monat vor oder nach dem Erscheinungstag des Artikels stattfand.
- 15 Aufgrund der unterschiedlichen Rollen im politischen System der beiden Länder wurde die nationale Regierung unterschiedlich kategorisiert: Kernsätze mit dem Subjekt Bundesregierung (Österreich) wurden den sie tragenden Parteien zugeordnet, weshalb im Datensatz insgesamt elf Beobachtungen verdoppelt wurden. Der Bundesrat (Schweiz) ist angesichts seines Allparteiencharakters hingegen der Exekutive zugerechnet.
- 16 So fallen etwa Interviews, die in der „Presse“ stärker vertreten sind als in der „NZZ“, unter diese Kategorie.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abid*, Lise Jamila (2006). Muslims in Austria: Integration through Participation in Austrian Society, in: Journal of Muslim Minority Affairs, Vol. 26(2), 263–278.
- Akkerman*, Tjitske/Anniken *Hagelund* (2007). “Women and Children First!” Anti-Immigration Parties and Gender in Norway and the Netherlands, in: Patterns of Prejudice, Vol. 41(2), 197–214.
- Alemann*, Ulrich von/Tim *Spier* (2008). Parteimitglieder nach dem „Ende der Mitgliederpartei“. Ein Überblick der Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 37(1), 29–44.
- Brubaker*, Rogers (1992). Citizenship and Nationhood in France and Germany, Cambridge.
- Cesari*, Jocelyne/Seán *McLoughlin* (Hg.) (2005). European Muslims and the Secular State, Aldershot.
- Cesari*, Jocelyne (Hg.) (2005). Special Issue on Mosque Conflicts in European Cities (= Journal of Ethnic and Migration Studies, 31(6)).
- Chervel*, Thierry/Anja *Seeliger* (Hg.) (2007). Islam in Europa. Eine internationale Debatte, Frankfurt.
- Cinar*, Dilek/Harald *Waldrauch* (2006). Austria, in: Rainer *Bauböck*/Eva *Ersboll*/Kees *Groenendijk*/Harald *Waldrauch* (Hg.): Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European States (Volume 2: Country Analyses), Amsterdam, 19–61.
- Dolezal*, Martin (2005). Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 34(2), 163–176.
- Dolezal*, Martin/Swen *Hutter* (2007). Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 36(3), 338–352.
- Favell*, Adrian (1998). Philosophies of Integration: Immigration and the Idea of Citizenship in France and Britain, Basingstoke.

- Ferree*, Myra Marx/William A. *Gamson*/Jürgen *Gerhards*/Dieter *Rucht* (2002). *Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*, Cambridge.
- Fetzer*, Joel S./J. Christopher *Soper* (2005). *Muslims and the State in Britain, France, and Germany*, Cambridge.
- Fortuyn*, Pim (1997). *Tegen de islamisering van onze cultuur: Nederlandse identiteit als fundament*, Utrecht.
- Gianni*, Matteo (2005). *Muslime in der Schweiz: Identitätsprofile, Erwartungen und Einstellungen. Eine Studie der Forschungsgruppe „Islam in der Schweiz“ (GRIS)*, Bern.
- Habermas*, Jürgen (1991). *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt.
- Hafner*, Felix/Georg *Gremmlspacher* (2005). *Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in der Schweiz*, in: Denise *Buser*/Natalie *Berger*/Felix *Hafner*/Claudia *Mund*/Béatrice *Speiser* (Hg.): *Menschenrechte konkret – Integration im Alltag*, Basel, 67–86.
- Helbling*, Marc (2008). *Practising Citizenship and Heterogeneous Nationhood. Naturalisations in Swiss Municipalities*, Amsterdam.
- Hunter*, Shireen T. (Hg.) (2002). *Islam, Europe's Second Religion. The New Social, Cultural, and Political Landscape*, Westport.
- Huntington*, Samuel P. (1993). *The Clash of Civilizations? in: Foreign Affairs*, Vol. 72(3), 22–49.
- Kappus*, Elke-Nicole (2004). *Islamischer Religionsunterricht im Schulhaus. Ein Projekt in Kriens und Ebikon. Ein Evaluationsbericht*, Biel.
- Kleinnijenhuis*, Jan/Jan A. *De Ridder*/Ewald M. *Rietberg* (1997). *Reasoning in Economic Discourse. An Application of the Network Approach to the Dutch Press*, in: Carl W. *Roberts* (Hg.): *Text Analysis for the Social Sciences. Methods for Drawing Statistical Inferences from Texts and Transcripts*, Mahwah, 191–207.
- Kogelmann*, Franz (1999). *Germany and Austria*, in: David *Westerlund*/Ingvar *Svanberg* (Hg.): *Islam Outside the Arab World*, New York, 315–336.
- Koopmans*, Ruud/Paul *Statham* (1999a). *Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy*, in: Marco *Giugni*/Doug *McAdam*/Charles *Tilly* (Hg.): *How Social Movements Matter*, Minneapolis, 225–251.
- Koopmans*, Ruud/Paul *Statham* (1999b). *Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches*, in: *Mobilization*, Vol. 4(2), 203–221.
- Koopmans*, Ruud/Paul *Statham*/Marco *Giugni*/Florence *Passy* (2005). *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*, Minneapolis.
- Kriesi*, Hanspeter/Edgar *Grande*/Romain *Lachat*/Martin *Dolezal*/Simon *Bornschiefer*/Timotheos *Frey* (2008). *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge.
- Kriesi*, Hanspeter/ Ruud *Koopmans*/Jan Willem *Duyvendak*/Marco *Giugni* (Hg.) (1995). *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis.
- Ladner*, Andreas (2006). *Politische Parteien*, in: Ulrich *Klöti*/Peter *Knoepfel*/Hanspeter *Kriesi*/Wolf *Linder*/Yannis *Papadopoulos*/Pascal *Sciaroni* (Hg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich, 317–343.
- Lijphart*, Arend (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven.
- Luther*, Kurt Richard (2006). *Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)*, in: Herbert *Dachs*/Peter *Gerlich*/Herbert *Gottweis*/Helmut *Kramer*/Volkmar *Lauber*/Wolfgang C. *Müller*/Emmerich *Tálos* (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 364–388.
- McGann*, Anthony J./Herbert *Kitschelt* (2005). *The Radical Right in the Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ*, in: *Party Politics*, Vol. 11(2), 147–171.
- Modood*, Tariq (2003). *Muslims and the Politics of Difference*, in: *The Political Quarterly*, Vol. 74(1), 100–115.
- Mudde*, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge.
- Müller*, Wolfgang C. (2006). *Das Regierungssystem*, in: Herbert *Dachs*/Peter *Gerlich*/Herbert *Gottweis*/Helmut *Kramer*/Volkmar *Lauber*/Wolfgang C. *Müller*/Emmerich *Tálos* (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 105–118.
- Ornig*, Nikola (2006). *Die Zweite Generation und der Islam in Österreich. Eine Analyse von Chancen und Grenzen des Pluralismus von Religionen und Ethnien*, Graz.
- Robbers*, Gerhard (Hg.) (2005). *State and Church in the European Union*, Baden-Baden.
- Rohe*, Mathias (2006). *Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer MitbürgerInnen in Österreich*, Wien.
- Rosenberger*, Sieglinde K. (2005). *Political Parties and Religion*, in: Günter *Bischof*/Anton *Pelinka*/Hermann *Denz* (Hg.): *Religion in Austria*, New Brunswick, 63–80.
- Schmied*, Martina/Wolfgang *Wieshaider* (2004). *Islam and the European Union: The Austrian Way*, in: Richard *Potz*/Wolfgang *Wieshaider* (Hg.): *Islam and the European Union*, Leuven, 199–217.
- Strobl*, Anna (1997). *Islam in Österreich. Eine religionssoziologische Untersuchung*, Frankfurt.
- Trechsel*, Alexander H./Hanspeter *Kriesi* (1996). *Switzerland: the referendum and initiative as a centrepiece of the po-*

litical system, in: Michael *Gallagher*/Pier Vincenzo *Uleri* (Hg.): *The Referendum Experience in Europe*, Houndmills, 185–208.

Trenz, Hans Jörg (2005). *Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit*, Frankfurt.

Wohlrab-Sahr, Monika/*Levent Tezcan* (Hg.) (2007). *Konfliktfeld Islam in Europa*, Baden-Baden.

AUTOREN

Martin DOLEZAL, Studium der Politikwissenschaft in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München. Forschungsschwerpunkte: Parteien und Wahlverhalten.

Korrespondenzadresse: Ludwig-Maximilians Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Oettingenstr. 67, 80538 München, Deutschland

E-mail: martin.dolezal@lrz.uni-muenchen.de

Marc HELBLING, Studium der Politikwissenschaft in Lausanne und am Institut d'Etudes Politiques in Paris, seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. 2005/06 Visiting Scholar an der New York University. Forschungsschwerpunkte: Immigration, Staatsbürgerschaft, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit

Korrespondenzadresse: Universität Zürich, Institut für Politikwissenschaft, Seilergraben 53, 8001 Zürich, Schweiz.

E-mail: helbling@ipz.uzh.ch

Swen HUTTER, Studium der Politikwissenschaft, der Publizistik und des Völkerrechts in Zürich, seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München. Forschungsschwerpunkte: Soziale Bewegungen und Protestverhalten.

Korrespondenzadresse: Ludwig-Maximilians Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Oettingenstr. 67, 80538 München, Deutschland

E-mail: hutter@lrz.uni-muenchen.de